

## Positionen zu bildungspolitischen Vorstössen der Wintersession 2024

Trakt. 14 STA 126-2024 Postulat  
2024.RRGR.182

Widmer Manuel C. (Grüne)  
+ 6 weitere

Jahresabo eines bernischen Medienerzeugnisses für alle 18-jährigen im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt, Folgendes zu prüfen:

1. Die Möglichkeit, ein Gutscheinsystem zu schaffen, mit dem in Zukunft alle Jugendlichen im Kanton Bern, die 18-jährig werden, für ein Jahr freien Zugang zu einer gedruckten oder digitalen Zeitung erhalten.
2. Ein solcher Gutschein wäre gültig für ein Abonnement einer digitalen oder gedruckten Bezahl- oder Gratiszeitung aus dem Kanton Bern nach Wahl der betreffenden Person.
3. Welche Medienerzeugnisse für ein solches Gutscheinsystem im Kanton in Bern dafür in Frage kommen könnten.
4. Wie viele Jugendliche von einem solchen Gutscheinsystem jedes Jahr profitieren könnten – und wie gross der Anteil jener sein könnte, die tatsächlich davon Gebrauch machen könnten.
5. Die möglichen Kosten eines solche Gutscheinsystems.
6. Eine mögliche Beteiligung oder Partnerschaft der Medienhäuser.
7. Ob im Wohnraum der entsprechenden Jugendlichen auch eine Gratiszeitung mit guten Artikeln existiert und wie diese berücksichtigt werden kann.

### **Stellungnahme der Regierung:**

Antrag: Annahme und Abschreibung

Für den Regierungsrat ist unbestritten, dass die Medienlandschaft sich schon seit mehreren Jahren in einem markanten Strukturwandel befindet: Print- und klassische elektronische Medien verlieren an Reichweite, während digitale Kanäle wie Social Media dominieren. Die Mediennutzung, insbesondere bei Jugendlichen, verlagert sich zunehmend auf digitale Plattformen, und die Bereitschaft, für Nachrichten zu zahlen, sinkt. Mit der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Information und die Medienförderung IMG sollen indirekte Medienförderung betrieben und Projekte zur politischen Bildung unterstützt werden. Dafür sind die notwendigen Mittel bereitgestellt, jedoch werden keine Abos für 18-Jährige finanziert. Der Regierungsrat lehnt solche Subventionen ab, da sie an den Bedürfnissen junger Menschen vorbeigehen und die Pressefreiheit sowie die Medienvielfalt beeinträchtigen könnten. Er beobachtet alternative Modelle anderer Kantone, um gegebenenfalls Maßnahmen anzupassen. Deshalb ist der Regierungsrat bereit, das Postulat anzunehmen, allerdings mit gleichzeitiger Abschreibung.

### **Stellungnahme Bildung Bern**

Empfehlung: Annahme

Bildung Bern unterstützt die Idee, allen 18-Jährigen im Kanton Bern das Abo für ein bernisches Medienerzeugnis zu finanzieren, resp. einen Gutschein für ein frei wählbares Jahresabonnement auszustellen.

Es reicht nicht festzuhalten, dass sich Jugendliche die Informationen auf Gratis-Kanälen und den Social Media holen können. Sowohl Social Media wie auch Gratis-Kanäle leben von der Werbung und von der Verbleibdauer der Nutzenden auf ihren Seiten. Mitnichten steht die Information im Vordergrund.

Ein Gratis-Abo ist eine Möglichkeit, damit Jugendliche die Erfahrung machen können, was unabhängige Medienberichterstattung ist und wie Journalismus funktioniert. So setzen sich auch mit anderen als den Themen ihrer Bubble auseinander. Bildung Bern schlägt vor, Gutscheine, wo dies möglich ist, einzig für digitale Produkte auszusprechen. Zudem braucht es für Gratis-Plattformen keine Gutscheine.

Dank dem niederschweligen Einstieg in die Nutzung einer Zeitung können Jugendliche Erfahrungen machen, die sie von Hause oft nicht mehr kennen. Sie lernen, die Medien als vierte Gewalt im Staat aktiv zu nutzen, und sie lernen, dass freie und unabhängige Medien ein wichtiges Standbein der Demokratie sind. Die private Mediennutzung ergänzt den Unterricht in politischer Bildung und verstärkt dessen Wirkung. Aktuell kostet das günstigste digitale Abo von «Der Bund» 149 CHF im Jahr. Würde die Hälfte der rund 9600 18-Jährigen den Gutschein für das günstigste digitale Jahresabo einlösen, beliefen sich diese Kosten auf 715'200 CHF. Bildung Bern empfiehlt, die Schaffung von Gutscheinen für Jahresabos zu prüfen.

Trakt. 44 BKD 037-2024 Motion  
2024.RRGR.57

Reto Zbinden  
Fraktionsvorstoss SVP

Demokratische Mittel und Miliz statt Hetze

Der Regierungsrat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass im Rahmen des Kompetenzerwerbs gemäss Lehrplan 21 Jugendliche die hiesige Staatsorganisation und das Milizprinzip kennen und verstehen.

### **Stellungnahme der Regierung:**

Antrag: Annahme und Abschreibung

Der Regierungsrat teilt die Zielsetzung der Motion. Die Demokratie ist ein Grundwert der Gesellschaft. Die Themen Politik, Demokratie und Menschenrechte sind im Lehrplan 21 unter der Leitidee «Nachhaltige Entwicklung» verankert. Die Kompetenzen dazu sind definiert ebenso im Plan d'études romand PER. Die Medienkompetenz und kritisches Reflektieren müssen gestärkt werden. Mit dem nationalen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Bildung für nachhaltige Entwicklung éducation 21 steht den Lehrpersonen ein breites Unterstützungsangebot zur Verfügung. Zusätzlich bietet die PHBern verschiedene Angebote für Lehrpersonen zur politischen Bildung an.

Mit dem Projekt «Sicherheitswochen»<sup>1</sup> der Regierungskonferenz Militär, Schutz und Feuerwehr werden Jugendliche für Sicherheitsfragen und die Bedeutung des Milizsystems sensibilisiert.

### **Stellungnahme Bildung Bern**

Empfehlung: Annahme und Abschreibung

Die Motion fokussiert auf die Kenntnisse von Jugendlichen von Milizarmee und Milizparlament. Bildung Bern ist der Meinung, dass genügend Instrumente vorhanden sind und diese Kenntnisse ausreichend vermittelt werden in den Schulen.

Ein anderes Thema ist Bedeutung der Demokratie und die Erkenntnis, dass sie nicht von selbst gedeiht und dass sie aktiv gepflegt werden muss. Im Lehrplan 21 und im PER sind die entsprechenden Kompetenzen verankert. Werden in den Schulen partizipative Formen wie

<sup>1</sup> <https://rkmzf.ch/koordinationsstelle-sicherheitswochen/>

Schüler:innenrat gelebt, sind das beste Übungsfelder für die spätere Mitbestimmung in der Gesellschaft. Die Ausdehnung des Stimmrechts ist eine mögliche Weiterführung solcher Mitbestimmung und Mitgestaltung. Wer einbezogen wird, hat mehr Verständnis und Interesse. Geübt werden kann die Kultur der Debatte z.B. dank dem Projekt «Schweiz debattiert»<sup>2</sup>, bei dem sich Bildung Bern engagiert.

Anhand von realen Abstimmungs- und Wahlunterlagen werden in vielen Schulen die konkreten politischen Abläufe gelernt und geübt. Noch näher dran sind Jugendliche im Projekt «SpielPolitik»<sup>3</sup> des Vereins Schulen nach Bern. Konkreter und näher an den Mechanismen der nationalen Politik kann ein Projekt nicht sein. So bestehen Übungsfelder für die demokratischen Prozesse.

Stösst das Milizsystem an seine Grenzen, hat das auch zu tun mit der Verweigerung von breiten Kreisen der erwachsenen Bevölkerung, sich für politische Ämter zu Verfügung zu stellen, sich zu Wahlen und über Abstimmungen zu informieren und daran teilzunehmen. Unabhängige und vielfältige Medien und eine gute Medienkompetenz sind dazu wichtige Voraussetzungen. Aus Sicht Bildung Bern besteht bei diesen ausserschulischen Themen Aufklärungs- und Handlungsbedarf.

Trakt. 45 BKD 034-2024 Richtlinienmotion  
2024.RRGR.58  
Sich wehren und Regeln einhalten

Müller Mathias, SVP  
Fraktionsvorstoss SVP

Der Regierungsrat wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Gewaltprävention an den Schulen dahingehend optimiert wird, dass Jugendliche lernen,

1. sich zu verteidigen
2. und auch bei körperlichen Auseinandersetzungen Regeln zu respektieren.

### **Stellungnahme der Regierung:**

Antrag: Annahme und Abschreibung

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Schulen hinsichtlich Gewaltprävention ihren Beitrag leisten. Im Lehrplan 21 und im Plan d'études romand PER sind die Grundlagen dazu gelegt. Zu den Themen Gewaltprävention, Umgang mit Gewalt und Konflikten, Umgang miteinander besteht ein breites Angebot:

- Module der Kantonspolizei
- Fachstelle Sicherheitsberatung der Kantonspolizei
- Institut für Gewaltprävention
- Friedensstifter-Projekte
- Kampagnen und Sensibilisierungsmassnahmen der Kantonspolizei

90% der Schüler:innen haben Zugang zu Schulsozialarbeit. Die Schulsozialarbeitenden sind Schlüsselpersonen an den Schulen, wenn es um Gewaltprävention, Gesundheitsförderung und Früherkennung geht.

Auch im Bereich der sogenannten «Kampfspiele» (Lehrplan 21, Bewegung und Sport, BS 4C)<sup>4</sup> werden die Schülerinnen und Schüler mit dem Fokus «sich körperlich wehren» unterrichtet.

<sup>2</sup> <https://schweizdebattiert.ch/>

<sup>3</sup> <https://www.schulen-nach-bern.ch/de/>

<sup>4</sup> <https://be.lehrplan.ch/index.php?code=a|9|0|4|3|1>

Der Regierungsrat erachtet das heutige Angebot in diesem Bereich als ausreichend. Weitergehende intensivere Angebote in Richtung «Kampfsport» müssen auf privater Basis erfolgen.

### **Stellungnahme Bildung Bern**

Empfehlung: Annahme und Abschreibung

Im Volksschulgesetz<sup>5</sup> Art. 2 Abs 3 wird definiert, dass die Schule «das physische, psychische und soziale Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler fördert und ihre seelisch-geistige und körperliche Integrität schützt. Sie sorgt für ein Klima von Achtung und Vertrauen.» In der öffentlichen Schule wird das Zusammenleben von zufällig zusammengekommenen Gruppen geübt. Die Stärkung von Schwachen, die Sensibilisierung von Dominanten für die Bedürfnisse von anderen und die Schaffung von Verständnis und Akzeptanz von allen für alle ist eine Kernaufgabe der Schule. Ohne diese Grundlagenarbeit, die manchmal relativ einfach gelingt und manchmal höchst kompliziert ist, ist das Lernen erschwert bis verunmöglicht. Die Schulsozialarbeitenden tragen mit ihrer Arbeit viel zum friedlichen Zusammenleben in den Schulen bei. Bildung Bern betont seit Jahren, wie wichtig die Schulsozialarbeit ist, und fordert, dass alle Schüler:innen ausreichend Zugang zu diesem Angebot haben müssen. Sie ist niederschwellig.

Trakt. 46 BKD 043-2024 Richtlinienmotion  
2024.RRGR.63

Fiechter Nils, SVP  
+ 1 weiterer

Obligatorischer Jungschützenkurs und obligatorische Schusswaffenausbildung in der Volksschule für Schweizer Bürger

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. In der Volksschule (Sekundarstufe I) ist die Absolvierung eines Jungschützenkurses als obligatorisches allgemeines Lernziel für Schweizer Staatsbürger ab dem Mindestaltersjahr gemäss Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung über das Schiesswesen ausser Dienst einzuführen.
2. In der Volksschule (Sekundarstufe I) ist die Absolvierung einer vom Kanton koordinierten Schusswaffengrundausbildung als obligatorisches allgemeines Lernziel für Schweizer Staatsbürger einzuführen.
3. Für begründete Einzelfälle können Ausnahmen von der Absolvierungspflicht vorgesehen werden. Diese können beispielsweise das Vorhandensein von Vorstrafen, ärztlich attestierten psychischen und physischen Beeinträchtigungen oder die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit umfassen.

### **Stellungnahme der Regierung:**

Antrag: Ablehnung

Ein obligatorischer Jungschützenkurs sowie eine obligatorische Schusswaffenausbildung in der Volksschule für Schweizer Staatsbürger würde keine inhaltlich adäquaten sowie politisch und gesellschaftlich mehrheitsfähigen Lösungsansätze darstellen. Nebst inhaltlichen und gesellschaftspolitischen würden sich auch organisatorische, finanzielle und personelle Fragen stellen.

<sup>5</sup> [https://www.belex.sites.be.ch/app/de/texts\\_of\\_law/432.210/versions/2436](https://www.belex.sites.be.ch/app/de/texts_of_law/432.210/versions/2436)

Die waffenspezifische Grundausbildung soll weiterhin im Rahmen von ausserschulischen Jungschützenkursen und der Rekrutenschule erfolgen.

Das fächerübergreifende Thema «Globale Entwicklung und Frieden» im Lehrplan 21 behandelt unter der Leitidee Nachhaltige Entwicklung, weltweite Zusammenhänge, Interessen, Konflikte und Potenziale. Im Unterricht werden gesellschaftliche Herausforderungen wie Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit thematisiert und Informationen sowie deren Wahrheitsgehalt kritisch hinterfragt.

### **Stellungnahme Bildung Bern**

Empfehlung: Ablehnung

Bildung Bern ist mit Auswirkungen des Ukraine-Krieges und auch anderer Kriege wie in Nahost aktuell und früher in Syrien und am Horn von Afrika direkt konfrontiert. Kinder und Jugendliche aus Kriegsgebieten gehören zu vielen Klassen der Volksschule. Sie alle haben traumatisches erlebt und sind froh, hier Stabilität und Schutz zu finden. Lehrpersonen und Klassenkamerad:innen erleben die Auswirkungen vom Einsatz der Waffen im Krieg. Eine Grundausbildung von Teilen der Schüler:innen im Umgang mit Waffen für den militärischen Einsatz gemäss Motionstext würde nicht zu einem Gefühl der Sicherheit, sondern zu Unsicherheit und Destabilisation in den Klassen führen.

Jugendliche, welche sich für die Schiessausbildung interessieren, können diese auf freiwilliger Basis bei besonders geschulten Menschen absolvieren, ausserhalb des Unterrichts, wie andere Angebote auch: Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur, Musikschule, Religionsunterricht, weitere Sportkurse.

Auch aus grundsätzlichen Überlegungen lehnt Bildung Bern die Aufnahme von neuen Aufgaben im Lehrplan 21 ab. Aufgabe der Schule ist die Grundbildung. Die Wehrfähigkeit des Landes sicherzustellen, ist Aufgabe der Armee.

Trakt. 47 BKD 116-2024 Richtlinienmotion  
2024.RRGR.172

Gabi Schönenberger, SP-JUSO  
+ 1 weitere

Wirksame Massnahme gegen Gewalt an den Berner Schulen: Bündner Standard implementieren und anwenden bei Gewaltprävention und Grenzverletzungen

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

Das Instrument «Bündner Standard» soll an den Volksschulen des Kantons Bern eingeführt werden.

### **Stellungnahme der Regierung:**

Antrag: Annahme und Abschreibung

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass das Thema Gewalt und insbesondere auch das Thema Gewaltprävention in den Berner Schulen breit angegangen werden muss. Vieles ist den Schulen bereits umgesetzt. Grundlage bilden Lehrplan 21 und der Plan d'études romand PER. Die Konfliktfähigkeit und der Umgang mit Vielfalt sind zentrale, überfachliche Kompetenzen, die in den Lehrplänen verankert sind. Die Ausprägung dieser Kompetenzen wird zu einem grossen Teil vom familiären und weiteren sozialen Umfeld der Kinder und Jugendlichen bestimmt. Im schulischen Kontext werden sie weiterentwickelt und ausgebildet. Zum Thema Gewalt können Lehrpersonen bereits heute mit unterschiedlichen Fachstellen

zusammenarbeiten. Schulen können Angebote des Schweizerischen Instituts für Gewaltprävention<sup>2</sup> nutzen oder Friedensstifter-Projekte<sup>3</sup> einführen. Auch die Kantonspolizei leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention und Deseskalation in den Schulen. Zur Thematik «Notfälle und Krisen in Schulen»<sup>4</sup> hat sie gemeinsam mit der Bildungsdirektion Empfehlungen zur Prävention, Früherkennung und Bewältigung von Gewaltvorgängen erarbeitet. Dieses Dokument ist Bestandteil des Krisenkompasses. Dieser ist ein mit dem Bündner Standard vergleichbares Instrument, das zudem den Vorteil hat, digital zu sein. Gut 90 Prozent aller Schüler:innen der Volksschule haben Zugang zur Schulsozialarbeit und damit zu Schlüsselpersonen an den Schulen, wenn es um Gewaltprävention, Gesundheitsförderung und Früherkennung geht.

Aus Sicht des Regierungsrates leistet die Schule hinsichtlich des Umgangs mit Gewalt und der Gewaltprävention bereits ihren Beitrag. Die BKD ist bereit, die Schulen auf dieses weitere nützliche Instrument hinzuweisen.

### **Stellungnahme Bildung Bern**

Empfehlung: Annahme und Abschreibung

Bildung Bern sieht den Bündner Standard als eines von diversen guten Werkzeugen zum Thema Gewaltprävention und Umgang mit Gewalt an Schulen, auch gegen Gewalt und Grenzverletzungen gegenüber Lehrpersonen. Weitere sind detailliert in der Antwort des Regierungsrates aufgeführt. Die neuste Kampagne der Kantonspolizei Bern «Kein Platz für Hass» ist eines dieser Werkzeuge.<sup>6</sup>

Bildung Bern setzt sich dafür ein, dass Schulen angemessenen Spielraum in der Wahl ihrer Werkzeuge haben. Kantonale Vorgaben zur Verwendung definierter Tools sieht der Verband kritisch. Der Bündner Standard würde zudem Kosten auslösen und würde bei einer flächendeckenden Einführung bestehende, gut funktionierende Angebote allenfalls obsolet machen. Bildung Bern befürwortet daher Wahlfreiheit beim Bezug von ausserschulischen Angeboten.

Weitere präventiv wirkende Aspekte in den Schulen sind ausgebildete Lehrpersonen, die frühzeitig schwierige Situationen erkennen können, eine überschaubare Gruppengrösse, Bezugspersonen, die für Stabilität und Verlässlichkeit sorgen. Orientierung gibt mentale Sicherheit, Unsicherheit führt zu Aggression.

Wichtig ist, dass die Gemeinden Schulen unterstützen, wenn sie (kostenpflichtige) Angebote zur Gewaltprävention in Anspruch nehmen wollen. Behörden müssen sensibilisiert sein und ihre Verantwortung in der Prävention gegen Gewalt wahrnehmen, z.B. mit geeigneter Infrastruktur. Gute Aussenräume beispielsweise decken Bedürfnisse aller Kindergruppen ab und wirken ausgleichend.

Auch die Schulsozialarbeit wirkt präventiv und ist niederschwellig. Bildung Bern fordert seit langem, dass alle Kinder und Jugendlichen und deren Eltern im Kanton Bern ausreichende Zugang zu Schulsozialarbeit haben, auch die noch fehlenden 10%.

---

<sup>6</sup> [Initiative «Gemeinsam gegen Hass»](#)

Trakt. 48 BKD 052-2024 Postulat  
2024.RRGR.72  
Politik lernt man in der Schule!

Pauli Pauline, FDP  
+ 8 weitere

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, den Westschweizer Lehrplan, den Lehrplan 21 sowie die Lehrpläne für die nachobligatorische Ausbildung zu ändern, um den Staatskundeunterricht zu stärken, sowie praktische und konkrete Instrumente vorzuschlagen, die zur Erreichung dieses Ziels eingesetzt werden können.

### **Stellungnahme der Regierung:**

Antrag: Annahme und Abschreibung

Der Regierungsrat vertritt die Haltung, dass die politische Bildung in den Lehrplänen ausreichend verankert ist und die Herausforderungen für die Schulen in der Umsetzung liegen. Angebote von éducation 21, dem nationalen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) können die Schulen für die Umsetzung der Vorgaben in den Lehrplänen einholen. Die PHBern bietet unterschiedliche Weiterbildungsangeboten und Unterrichtsmaterialien zur politischen Bildung an. An den Mittelschulen ist die politische Bildung in den Lehrplänen verankert und im Geschichtsunterricht umfassend thematisiert.

### **Stellungnahme Bildung Bern**

Empfehlung: Annahme

Bildung Bern ist der Ansicht, dass die Grundlagen für gute politische Bildung in den Lehrplänen der Volksschule grundsätzlich gut verankert sind. Dennoch muss die politische Bildung verstärkt werden. Eine Anpassung der Lehrpläne soll deshalb geprüft werden. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen im Bereich Politische Bildung muss gestärkt werden. Gute Angebote sind bereits vorhanden. Neben éducation 21 bestehen diverse Engagements von Vereinen zu politischer Bildung: Engage ch, discuss it, SpielPolitik, schweizdebattiert.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität WEGEM wird die politische Bildung in den Mittelschulen gestärkt.

Zu stark hängt die politische Bildung in den Schulen aller Stufen vom Engagement der Lehrpersonen und deren Rahmenbedingungen ab. In Zeiten von Fake News und Populismus ist eine gute politische Bildung zwingend. Die Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern muss gepflegt werden. Ob dazu die Lehrpläne der Volksschulen und des allgemeinbildenden Unterrichts der Berufsfachschulen angepasst werden müssen oder ob es andere Wege gibt, um das Ziel zu erreichen, soll die Prüfung zeigen.

Auch die Konferenz der eidgenössische Erziehungsdirektor:innen EDK und der Bund (Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF) haben in einer gemeinsamen Erklärung 2023 festgehalten, dass sie ihre Tätigkeiten in der Frage der politischen Bildung koordinieren wollen.<sup>7</sup>

Allein im Unterricht anzusetzen, reicht allerdings nicht. Schüler:innen und Jugendliche sollen partizipative Prozesse in den Schulen selbst erleben können. Sie sollen die Selbstwirksamkeit

<sup>7</sup> <https://www.edk.ch/de/die-edk/news/mm271023>

dank Mitbestimmung erleben können. Dazu sollen Kinder- und Jugendparlamente, Schüler:innenräte, Klassenräte gefördert werden.

Die Einführung von Stimmrechtsalter 16 wäre ein logischer Schritt dieser gelebten Partizipation.

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH hat die Forderungen zu politischer Bildung auf allen Stufen des Bildungssystem in einem Positionspapier zusammengefasst.<sup>8</sup>

Verabschiedet von der Geschäftsleitung Bildung Bern

Anna-Katharina Zenger  
Leiterin Gewerkschaft  
Bern, 13.11.2024

---

<sup>8</sup> Positionspapier Politische Bildung Kurzversion